

Niederschrift

über die 24. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
am Dienstag, **12.02.2008**, 17:06 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Sybille Benning (als Vertretung für Herrn Josef Messing), Heinz Georg Buddenbäumer, Christoph Jahn, Rudolf Klein, Marliese Kosmider (als Vertretung für Herrn Richard-Michael Halberstadt), Ursula Möllers, Josef Rickfelder (als Vertretung für Herrn Georg Berding), Helga Welker,

von der SPD-Fraktion

Philipp Gabriel, Ralf Hubert, Dr. Michael Jung, Gabriele Kubig-Steltig, Kurt Pölling (als Vertretung für Frau Marianne Koch), Udo Reiter,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Heribert Klas, Carsten Peters,

von der FDP-Fraktion

Wolfgang Klein (als Vertretung für Frau Carola Möllemann-Appelhoff), Hans Varnhagen,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Gerd Kersting,

von der Verwaltung

Helga Bickeböller, Dr. Annemarie Janetzki, Gerhard Löhr, Alfons Reinkemeier, Franz Winter,

für die Schriftführung

Frank Möller.

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 24. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 12.02.2008

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | |
|---------------------------|---|
| | 1. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3. Teilnehmungsmanagement/-controlling |
| <u>V/0086/2008</u>
II | 3.1. Kooperation zwischen der Stadtwerke Münster GmbH und der Stadtwerke Osnabrück AG |
| | 4. Sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten |
| <u>V/0020/2008</u>
II | 4.1. Gewährung von Kleingartendarlehen an den Stadt- und Bezirksverband der Kleingärtner e.V. |
| <u>V/0725/2007</u>
III | 4.2. Fuß- / Radwegverbindung auf der ehemaligen Gleis-
trasse zwischen dem York-Ring und dem Zentrum
Nord
Grundsatzbeschluss |
| | 5. Verschiedenes |

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ratsherr Reiter, eröffnete die 24. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften um 17.06 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Herr Ratsherr Varnhagen beantragte, TOP 4.2 von der Tagesordnung abzusetzen. Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften bestand Einvernehmen, den TOP 4.2 von der Tagesordnung abzusetzen. Die so geänderte Tagesordnung wurde festgesetzt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

1. Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2006 – Aktueller Sachstand

Frau Stadtkämmerin Bickeböller teilte mit, dass der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen am 11.12.2007 in dem Verfassungsbeschwerdeverfahren gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2006 sein Urteil verkündet habe. Hierzu sei bereits in der letzten Ausschusssitzung ausführlich berichtet worden.

Das Gericht hätte festgestellt, dass die Kommunen 2006 rund 90 % der gesamten nordrhein-westfälischen Zahlleistungen für den Aufbau Ost finanziert hätten. Nach der im Gemeindefinanzreformgesetz vorgeschriebenen Quote müssten die Kommunen allerdings nur rund 40% der NRW-Leistung für den Aufbau Ost bestreiten. Das Land müsse daher die Überzahlung für die Jahre 2006 und 2007 an die Kommunen bis 2008 zurückzahlen. Allein für das Jahr 2006 gehe das Gericht von einer Rückzahlung des Landes an die Kommunen in Höhe von rund 450 Mio. Euro aus.

Inzwischen sei der Entwurf der Landesregierung zum „Gesetz über die Leistung von Abschlägen im Rahmen der Feinabstimmung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden an

den finanziellen Belastungen des Landes Nordrhein-Westfalen aufgrund der Deutschen Einheit" in den Landtag eingebracht worden. Dieses Gesetz solle die Rückzahlungsmodalitäten an die Kommunen für die Jahre 2006 und 2007 vorläufig regeln. Geplant sei die Kopplung der Rückzahlung an die jeweilige Höhe der kommunalen Schlüsselzuweisung. In dieser Verteilungsregelung des Landes - allein auf Basis der Schlüsselzuweisungen - liege jedoch ein Verstoß gegen den Maßstab der Erhebung der Wiederaufbauleistungen. Während bei der Erhebung alle Gemeinden ihren Beitrag solidarisch leisten müssten, profitierten von der Rückzahlung jedoch nur ein Teil der Städte und Gemeinden. Erste Rechnungen zeigten zudem, dass viele Kommunen höhere Rückzahlungen erhielten, als sie an Überzahlungen oder sogar insgesamt an Einzahlungen geleistet hätten. Deswegen dürfte die jetzige Regelung auch rechtlich bedenklich sein. Der Maßstab für die Rückzahlungen müsse der jeweilig zu hoch gezahlte Solidarbeitrag sein.

Vor diesem Hintergrund hätte Herr Oberbürgermeister Dr. Tillmann Kontakt zu den Landtagsabgeordneten und zur Vorsitzenden des in dieser Sache federführenden Haushalts- und Finanzausschusses, Frau MdL Brunn, aufgenommen und dringend um Nachbesserung des Gesetzentwurfes gebeten.

Derzeit überlegten die 21 Städte und Gemeinden, die gegen das GFG 2006 geklagt hatten, auch gegen das gerade erwähnte Gesetz Klage zu erheben, sollte dieses ohne Änderungen beschlossen werden.

2. Verfahren der Weitergabe von Informationen aus vorberatenden Ausschüssen

Frau Bickeböller verwies auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 11. Dezember 2007. Dort sei von Ausschussmitgliedern der Wunsch an die Verwaltung herangetragen worden, dass den Ausschussmitgliedern Informationen aus vorberatenden Ausschüssen und anderen Gremien vorlägen, damit diese in der Sitzung aufgegriffen werden könnten.

Um ein einheitliches Verfahren in allen Ausschüssen und Gremien sicherstellen zu können, werde die Verwaltung ein Konzept erarbeiten, mit dem dem Informationswunsch der parlamentarischen Gremien Rechnung getragen werden könne.

3. Liquidation der Entwicklungsgesellschaft Regionale 2004

Frau Bickeböller teilte mit, dass der Rat am 08.12.2004 mit der Vorlage 930/2004 der Auflösung der Entwicklungsgesellschaft Regionale 2004 zum 01.01.2005 zugestimmt habe. Im Dezember 2007 wurde schließlich vom Liquidator beim Amtsgericht zum Handelsregister eingereicht, dass die Liquidation beendet und die Firma erloschen sei. Die Bücher und Schriften der Gesellschaft würden beim Kreis Steinfurt verwahrt. Zurzeit werde die Schlussbilanz der GmbH erstellt, die den drei Hauptgesellschaftern vorgelegt werde. Die Stammkapitalanteile seien inzwischen an die Gesellschafter ausgezahlt worden. Die Stadt Münster habe den Anteil von 16.650 € erhalten. Hierzu werde die Verwaltung noch ein Veränderungsblatt vorlegen.

4. Haushaltskonsolidierung – Korrektur der Konsolidierungsmaßnahme 178

Frau Bickeböller verwies auf ein Schreiben vom 21.12.2007 an die Ratsfraktionen, mit dem eine Liste aller Konsolidierungsmaßnahmen übersandt worden war. Bei der dort aufgeführten Konsolidierungsmaßnahme 178 „Kürzung von Zuschüssen an Dritte“ (Sozialamt) sei ein Übertragungsfehler aufgetreten. Der Übertragungsfehler betreffe die Sparbeiträge der Maßnahme. Die seinerzeitigen Haushaltsberatungen hätten sich auf die folgenden Haushaltsstellen bezogen:

HHSt	2007	2008	2009	2010
4000.562.1000.2 Projektmittel Dez. V	2.000	4.000	4.000	4.000
4000.655.6000.4 Projektmittel Antidiskriminierung	750	1.500	1.500	1.500
4700.718.2800.7 Zuschuss Arbeitslosenzeitung	6.390	0	0	0
	9.140	5.500	5.500	5.500

Im Rückschluss müssten daher nun die Sparbeiträge der Konsolidierungsmaßnahme 178 wie folgt korrigiert werden:

Alt	127.000	254.020	254.020	254.020
Neu	9.140	5.500	5.500	5.500
Differenz	-117.860	-248.520	-248.520	-248.520

5. NKF - Eröffnungsbilanz

Herr Reinkemeier teilte mit, dass die Verwaltung zurzeit mit Hochdruck an der Aufstellung der ersten Bilanz für den Kernbereich der Stadtverwaltung arbeite. Die Darstellung der Vermögens- und Finanzsituation der Stadt Münster zum Bilanzstichtag werde auch die für den Ausgleich der jährlichen Haushalte wichtigen Positionen der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage enthalten.

Es sei vorgesehen, dem Rat die Bilanz zunächst lediglich als tabellarische Darstellung der Bilanzwerte mit der Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung 2008 am 12.03.2008 vorzulegen. Der Rat werde später die Bilanz zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verweisen. Im Rahmen dieser Prüfung werde die Verwaltung dann weitergehende prüfungsrelevante Unterlagen aufbereiten und dem Ausschuss zur Verfügung stellen, so dass nach Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss dem Rat die Eröffnungsbilanz einschließlich aller erforderlichen Anlagen zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

6. Geänderte Terminkette im November / Dezember 2008

Herr Reinkemeier gab bekannt, dass sich die Dezember-Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vom 16.12.2008 auf den 4.12.2008 verschiebt, weil die Dezember-Ratssitzung ebenfalls vorverlegt wurde. Aus der nachfolgenden Übersicht gehen sämtliche Terminverschiebungen im November / Dezember 2008 hervor:

Gremium	Termin alt	Termin neu	Ort
Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung	11.11.2008/ 02.12.2008	25.11.2008	Konferenz-Zimmer, Stadtweinhaus
Polizeibeirat	11.11.2008	11.12.2008	-
Aufsichtsrat Wohn & Stadtbau	13.11.2008	06.11.2008	Wohn & Stadtbau Steinfurter Str. 60, 48149 Münster
Ausschuss für Soziales, Gesundheit u. Arbeitsförderung	18.11.2008	11.11.2008	Stadthaus 2, Raum 2/1
Bezirksvertretung Münster-Mitte	18.11.2008	25.11.2008	Hauptausschuss-Zimmer, Stadtweinhaus
Aufsichtsrat CeNTech	18.11.2008	11.11.2008	Technologiehof, Mendelstr. 11 49149 Münster
Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und ausländisch. Flüchtlingen	20.11.2008	13.11.2008	Stadthaus 2, Raum 2/1
Aufsichtsrat Technologiehof	20.11.2008	18.11.2008	Technologiehof, Mendelstr. 11 48149 Münster
Ausschuss für Schule und Weiterbildung	25.11.2008	18.11.2008	Hauptausschuss-Zimmer Stadtweinhaus
Kommission zur Integration von Menschen mit Behinderungen	25.11.2008	18.11.2008	Stadthaus 2, Raum 2/1
Werksausschuss citeq	27.11.2008	20.11.2008	Scheibenstraße 109, 48153 Münster
Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen	02.12.2008	25.11.2008	Stadthaus 3, Rotunde
Rechnungsprüfungsausschuss	03.12.2008	26.11.2008	Rjasan-Zimmer Stadtweinhaus
Ausschuss für Gleichstellung	03.12.2008	26.11.2008	Konferenz-Zimmer Stadtweinhaus

Gremium	Termin alt	Termin neu	Ort
Aufsichtsrat Wirtschaftsförderung	04.12.2008	20.11.2008	-
Bezirksvertretung Münster-Nord	09.12.2008	02.12.2008	Agora Bürgerhaus Kinderhaus Idenbrockplatz 8, 48159 Münster
Ausschuss für Soziales, Gesundheit u. Arbeitsförderung	09.12.2008	02.12.2008	Stadthaus 2, Raum 2/1
Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien	10.12.2008	02.12.2008	Hauptausschuss-Zimmer Stadtweinhaus
Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft	10.12.2008	03.12.2008	Stadthaus 3, Rotunde
Aufsichtsrat Klarastift	11.12.2008	27.11.2008	Klarastift, Andreas-Hofer-Straße 70, 48145 Münster
Stiftungskommission	11.12.2008	27.11.2008	Klarastift, Andreas-Hofer-Straße 70, 48145 Münster
Sportausschuss	11.12.2008	03.12.2008	Konferenz-Zimmer Stadtweinhaus
Bezirksvertretung Münster-West	11.12.2008	04.12.2008	Bezirksverwaltung West Schelmenstiege 1, 48161 Münster
Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	16.12.2008	04.12.2008	Hauptausschuss-Zimmer Stadtweinhaus
Hauptausschuss	17.12.2008	10.12.2008	Festsaal, Stadtweinhaus
Rat	17.12.2008	10.12.2008	Festsaal, Stadtweinhaus

7. Unterbringung der Bezirksverwaltung Nord im Bürgerhaus Kinderhaus

Herr Löhr informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass nach Abstimmungsgesprächen zwischen der Bezirksverwaltung Nord, dem Kulturstadtamt, dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, dem Personal- und Organisationsamt und dem Amt für Immobilienmanagement ein Konzept zur Bündelung der im Stadtteil Kinderhaus für die Bürger vorgehaltenen städtischen Dienstleistungen Stadtteilkoordination, Bürgerangelegenheiten, Jugend- und Kulturarbeit erstellt worden sei. Die Umsetzung des Konzeptes bedürfe der Unterbringung der Bezirksverwaltung Nord in den Räumlichkeiten des Bürgerhauses Kinderhaus (BKI).

Die durch den avisierten Umzug der Bezirksverwaltung Nord frei werdenden 7 Räume im Gebäude Idenbrockplatz könnten der Arbeitsgemeinschaft Münster (AMS) zum 01.07.2008 gegen Mietzahlung zur Verfügung gestellt werden. Dies ermögliche, die bereits in Hilstrup vorgenommene und in Kürze (06.03.2008) für das Stadthaus 2 anstehende Zusammenführung der beiden Geschäftsbereiche „Leistungsgewährung“ und „Markt & Integration“ auch am Standort Nord zu realisieren.

Es sei geplant, die Unterbringung der 9 Mitarbeiter/-innen der Bezirksverwaltung im sogenannten „Clubraum“ und in den bisher nur wenig genutzten Nebenräumen der ehemaligen Gaststätte im Bürgerhaus vorzunehmen. Gemeinsam mit dem Personal- und Organisationsamt, dem Kulturstadtamt und dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien sei eine optimierte Raumnutzung im gesamten Gebäudekomplex BKI vereinbart worden, so dass die Maßnahme insgesamt ohne nennenswerte Angebotseinschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden könne.

Die für die erforderlichen Umbaumaßnahmen im Bürgerhaus Kinderhaus benötigten Mittel in Höhe von 108.000 Euro würden aus der Position „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ in der Produktgruppe 0111 bereitgestellt. Durch die Vermietung der oben aufgeführten 7 Räume im Gebäude Idenbrockplatz an die AMS könnten zunächst bis zum 31.12.2010 zusätzliche Mieteinnahmen erzielt werden.

Die weitere Nutzung dieser Räume durch die AMS hänge von der vom Bundesgesetzgeber für den Zeitraum ab dem Jahr 2011 vorzugebenden rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen der SGB II-Leistungsgewährung insgesamt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung**Beteiligungsmanagement/-controlling****Punkt 3.1 der Tagesordnung
V/0086/2008****Kooperation zwischen der Stadtwerke Münster GmbH und der Stadtwerke Osnabrück AG**

Ohne Aussprache beschloss der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Dem zwischen Geschäftsführung/Vorstand abgestimmten Entwurf einer Absichtserklärung zur Kooperation zwischen der Stadtwerke Münster GmbH und der Stadtwerke Osnabrück AG wird zugestimmt.
2. Der Vertreter der Stadt Münster in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Münster GmbH wird ermächtigt, die erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Punkt 4 der Tagesordnung**Sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten****Punkt 4.1 der Tagesordnung
V/0020/2008****Gewährung von Kleingartendarlehen an den Stadt- und Bezirksverband der Kleingärtner e.V.**

Ohne Aussprache beschloss der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig, dem Rat die Beschlussfassung gemäß der Vorlage zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

- 1) Dem Stadt- und Bezirksverband der Kleingärtner e.V. wird jährlich ein Darlehen in Höhe von maximal 20.000 € zur Weitergabe an Dritte gewährt, um auch den Kleingarteninteressenten (einkommensschwache Familien oder Einzelpersonen, vorzugsweise Familien mit Kindern) die Anpachtung eines Kleingartens zu ermöglichen.
- 2) Die als Anlage beigefügten überarbeiteten Richtlinien (Anlage 1) werden Bestandteil des jeweiligen Darlehensvertrages.
- 3) Das unter Ziff. 1 genannten Darlehen wird an den Stadt- und Bezirksverband e.V. als Globaldarlehen gewährt. Die Auszahlung des Darlehens erfolgt jeweils nach Inkrafttreten der jährlichen Haushaltssatzung. Die Weitergabe dieses Globaldarlehens ist spätestens bis 31.03. des auf die Darlehensgewährung folgenden Jahres gegenüber der Stadt Münster nachzuweisen und zu diesem Zeitpunkt nicht verwendete Mittel zurückzuzahlen.

II. Finanzwirtschaftliche Auswirkungen

1. Das Darlehensvolumen wird gegenüber dem aktuellen Volumen von 10.000 € auf 20.000 € p. a. erhöht.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kosten lediglich in Höhe des Zinsverzichtes bzw. des Verzichtes auf marktübliche Zinsen entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die erforderlichen Mittel für die Gewährung des Darlehens sind im Teilfinanzplan der Produktgruppe 16 01 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ wie folgt bereitzustellen:

Auszahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haushalts-jahr	Betrag (in €)	Bemerkung
Produktgruppe	16 01	Allgemeine Finanzwirtschaft	2008 ff.	20.000 (p. a.)	
Teilfinanzplan (Zeile)	12	Auszahlungen aus sonstigen Investitionen			
Investitionsmaßnahme		Kein Ausweis als Einzelmaßnahme, da unterhalb der festgelegten Wertgrenzen			

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahme unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch den Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2008 steht.

Punkt 4.2 der Tagesordnung VI/0725/2007	Fuß- / Radwegverbindung auf der ehemaligen Gleistrasse zwischen dem York-Ring und dem Zentrum Nord Grundsatzbeschluss
--	--

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 5 der Tagesordnung	Verschiedenes
---------------------------------	----------------------

1. Genehmigung der Niederschrift

Herr Ratscherr Klas bat darum, in zukünftigen Tagesordnungen einen Punkt „Genehmigung der Niederschrift“ aufzunehmen. Nach kurzer Diskussion schlug Herr Ratscherr Reiter vor, zunächst zu prüfen, ob mit der nächsten Tagesordnung so verfahren werden könne. Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften bestand Einvernehmen, diesem Vorschlag zu folgen.

Daraufhin beendete der Ausschussvorsitzende, Herr Ratscherr Reiter, den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.20 Uhr.

gez.

Udo Reiter
Vorsitz

gez.

Frank Möller
Schriftführung